

Stand: 23.06.2026 18:42:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11943

"Gesetzentwurf zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes – Streit ums Klimadatum
endgültig beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11943 vom 07.05.2026
2. Plenarprotokoll Nr. 80 vom 21.05.2026



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Johann Müller, Benjamin Nolte, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes – Streit ums Klimadatum endgültig beenden

A) Problem

Durch die Einführung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) am 1. Januar 2021 ist den Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung des Freistaates Bayern, den Staatsministerien, der Staatskanzlei, staatlichen Erziehungs- und Bildungsträgern, den kommunalen Gebietskörperschaften, den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern und weiteren staatlichen Institutionen zusätzlicher bürokratischer Aufwand entstanden, der durch keinen erkennbaren Nutzen gerechtfertigt ist. Zudem wird die Planungssicherheit durch die widersprüchliche Kommunikation von Vertretern der Staatsregierung in Bezug auf das Zieldatum der zu erreichenden Klimaneutralität zusätzlich erschwert.

B) Lösung

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Bürokratie, den Verwaltungsaufwand, die wirtschaftlichen Folgen für die Bürger und die Planungsunsicherheiten für die bayerische Wirtschaft, welche aus der Einführung des BayKlimaG resultieren, effektiv und unverzüglich abzubauen.

C) Alternativen

Keine im Sinne des Gesetzentwurfs

D) Kosten

Keine

Gesetzentwurf

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes

§ 1

Das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) vom 23. November 2020 (GVBl. S. 598, 656, BayRS 2129-5-1-U), das zuletzt durch § 25 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist, wird aufgehoben.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

A) Allgemeiner Teil

Das BayKlimaG ist nach der eigenen Darstellung der Staatsregierung als Rahmengesetz ausgestaltet. Der Freistaat Bayern bleibt damit auch ohne eigene landesrechtliche Vorgaben in die unions- und bundesrechtliche Ziel- und Steuerungslogik eingebunden. Zudem erklärte das zuständige Staatsministerium ausdrücklich, dass die zentralen Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in Bayern nach wie vor auf den Ebenen von Bund und Europäischer Union bestimmt werden. Bereits daraus folgt, dass das bayerische Klimagesetz nur einen begrenzten eigenständigen Steuerungsgehalt entfaltet und daher als überflüssig betrachtet werden kann.

Die unions- und bundesrechtlichen Zielvorgaben sind inzwischen hinreichend dicht ausgestaltet. Das Europäische Klimagesetz schreibt das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 fest. Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) wiederum dient nach seinem gesetzlichen Zweck ausdrücklich auch der Einhaltung der europäischen Zielvorgaben und legt die Netto-Treibhausgasneutralität bis 2045 fest. Die Notwendigkeit eines eigenen bayerischen Klimaziels und eines daran orientierten Klimagesetzes ist daher überflüssig und schafft unnötige Bürokratie.

Für die Streichung spricht zudem das Gebot klarer und widerspruchsfreier politischer Kommunikation. Das geltende BayKlimaG legt unmissverständlich das Ziel fest, dass Bayern spätestens bis 2040 klimaneutral sein soll. Demgegenüber wurde in Verlautbarungen der Staatsregierung und ihr zugeordneter Stellen wiederholt die eigenen Zielsetzung in Zweifel gezogen. So hatte zuletzt etwa der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz öffentlich verkündet, es sei beschlossene Sache, die endgültige Klimaneutralität erst 2045 erreichen zu wollen. Gleichwohl wurde das BayKlimaG aufgrund befürchteter öffentlicher Dissonanzen nie entsprechend angepasst.

Diese uneinheitliche Kommunikation legt nahe, dass starre landesrechtliche Jahresziele keine zusätzliche Rechtsklarheit schaffen, sondern vielmehr Missverständnisse zwischen Gesetzeswortlaut und politischer Außendarstellung begünstigen. Diese können mit einer Aufhebung des BayKlimaG ein für alle Mal aus dem Weg geräumt werden, sodass wieder Planungssicherheit für die bayerische Wirtschaft herrscht.

Die Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation „Evaluation der Kosten und des Nutzens von kommunalen, regionalen und nationalen Klimaschutzmaßnahmen“ vom 26. Juni 2023 (Drs. 18/29858) zeigt deutlich, dass die Kosten und der bürokratische Aufwand für unwirtschaftliche und wirkungslose sog. Klimaschutzmaßnahmen völlig aus dem Ruder laufen. Diese haben sich in den letzten sieben Jahren auf über

300 Mio. € mehr als verdoppelt, weil insbesondere der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand deutlich gestiegen ist.

In der besagten Drucksache wird dargestellt, dass eine große Unwissenheit über den tatsächlichen Nutzen der kostspieligen Klimaschutzmaßnahmen besteht. Weder der Effekt noch das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahmen bzw. deren Folgen für das Klima sind nach Aussage der Staatsregierung quantifizierbar. Dies führt unweigerlich dazu, dass insbesondere das BayKlimaG in seinen Zielen nicht den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht und daher aufgehoben werden muss. Neben der Entlastung von bürokratischem Aufwand wird eine Aufhebung des Gesetzes weitere positive Nebeneffekte nach sich ziehen. So ist damit zu rechnen, dass durch die Signalwirkung sowohl in den Gebietskörperschaften und Kommunen als auch in der bayerischen Wirtschaft eine verbesserte Planungssicherheit zusätzliche Investitionen anstößt.

B) Besonderer Teil

Zu § 1 (Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes)

Durch die Aufhebung des BayKlimaG werden nur die noch geltenden Vorschriften dieses Gesetzes aufgehoben. Frühere, bereits vollzogene Änderungen anderer Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Zu § 2 (Inkrafttreten)

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Harry Scheuenstuhl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes - Streit ums Klimadatum endgültig beenden (Drs. 19/11943)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Herrn Abgeordnetem Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die maßlose Zerstörung unserer Wirtschaft durch die Klimapolitik muss sofort enden. Wir befinden uns in einer politisch verursachten Rezession. Das haben wir heute schon mehrfach gesagt. Die Zahl der Firmeninsolvenzen steigt einfach dramatisch. Wer kann, der flüchtet ins Ausland. Wer hierbleibt, ist in seiner Existenz bedroht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Niemand redet mehr von Wachstum, sondern man redet nur noch von Stellenabbau und Standortschließungen.

Herr Söder ist in seiner Regierungserklärung heute in der Vergangenheit hängen geblieben und hat alles schöngeredet. Die Klimagesetzgebung hat uns nicht stärker und auch nicht wohlhabender gemacht. Das Bayerische Klimaschutzgesetz ist da keine Ausnahme. Wir als AfD sagen ganz klar: Dieses Gesetz gehört restlos entsorgt!

(Beifall bei der AfD)

Die gesamte Klimabürokratie muss weg. Wir wollen dieses Totalversagen und die politisch verursachte Lähmung beheben. Bayern muss diesen Klima-Irrsinn beenden, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen.

Es steht auch fest: Die Klimagesetzgebung ist kein Instrument vernünftiger Umweltpolitik. Es hat nichts mit Umweltschutz zu tun, Wälder für Windräder zu roden. Es ist auch falsch, funktionierende Kraftwerke oder Industrieanlagen zu verschrotten. Politik darf niemals die Zerstörung von Wertschöpfung zum Ziel haben. Das geht nicht.

Die CO₂-Reduktion ist zu einer gefährlichen Staatsdoktrin geworden. Sie durchdringt unseren kompletten Alltag. Sie ist in allen Gesetzen, Verwaltungen und Förderprogrammen präsent, in Bauvorschriften, in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft. Überall befindet sich dieses grüne Bürokratiemonster, das einfach Milliarden sinnlos verschlingt.

Und überall dieselbe Botschaft: Der Staat weiß es besser. Der Bürger soll zahlen, die Wirtschaft soll sich fügen. Jeder Lebensbereich wird praktisch diesem abstrakten Klimaziel untergeordnet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das haben wir schon einmal gehört!)

Es gibt einfach keine rationale Interessenabwägung mehr. Wer kritisch nachfragt, wird als Klimaleugner beschimpft. – Das machen Sie ganz gerne.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich? Stimmt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dabei ist jedem klar, und Ihnen sollte das auch klar sein: Ob Klimamaßnahmen etwas bringen oder nicht, ist nicht beweisbar. – Hören Sie zu, Sie können mich nachher etwas fragen. Hören Sie genau zu. Sogar die Wissenschaft hat zugegeben, dass sie sich geirrt hat. Sie haben es doch selber gelesen. Diese Klimahorrorszenarien, die Sie immer verbreiten, wurden zurückgenommen.

(Anna Rasehorn (SPD): Weil es noch viel schneller kommt!)

Die haben zugegeben, dass die falsch sind.

Es steht auch fest: Erfolg entsteht nicht durch Verbote oder durch Klimaberichte, die Sie sich immer so gern anhören wollen. Erfolg entsteht durch Wettbewerbsfähigkeit

und freie Märkte. Wohlstand kommt nicht von Umverteilung – das müssen Sie Sozis endlich mal begreifen –, sondern durch Leistungswillen und Leistungskraft. So sieht es aus.

Also: Laut Klimaschutzgesetz will Bayern bis 2040 klimaneutral sein. Aber die Staatsregierung ist da ein bisschen verwirrt, was in Bayern gelten soll. Ihr Kollege Herrmann ist nicht da. Aber wenn Sie mich mal aufklären könnten: Was gilt denn jetzt, 2040 oder 2045? Gilt das, was im Gesetz steht, oder gilt das, was Sie da in der Staatskanzlei beschließen? Sagen Sie es mir!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie interessiert das doch sowieso nicht!)

Es ist auf jeden Fall keine Verlässlichkeit da. Was die Staatsregierung da macht, ist orientierungslos und planlos. Und wer zahlt am Ende des Tages dafür? – Die Bürger und Kommunen zahlen. Der Mittelstand und die Industrie werden ruiniert. Handwerk und Landwirtschaft bluten aus. Die Bürokratie überwuchert das ganze Land. Die Energiekosten steigen. Am Ende verarmt der ganze Standort Bayern. Die Familien fragen sich, wie sie die Heizung, ihre Autos oder Strom noch bezahlen sollen. Kommunen werden ständig mit neuen Berichtspflichten und Konzepten überzogen. Und wofür? – Für gar nichts, für nichts!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Für Ihre komischen, unsinnigen Anfragen!)

Ihre ganzen Klimaschutzmaßnahmen sind einfach völlig sinnlos. Ich sage Ihnen etwas: Um diese Klimaziele theoretisch zu erreichen, lägen die volkswirtschaftlichen Kosten bundesweit bei 5 Billionen Euro. Sie wollen dafür im bayerischen Haushalt 22 Milliarden Euro verschwenden. Das ist absolut inakzeptabel. Geld zu verbrennen, ist nicht vorbildhaft, sondern abschreckend.

Also sehen Sie es endlich ein: Das Klimaschutzgesetz war eine historische Dummheit. Das gehört beerdigt. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu, und schaffen Sie zusammen mit uns dieses sinnlose Bürokratiemonster ab!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Ich eröffne nun die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Dr. Andrea Behr für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Antrag der AfD liest, könnte man glauben, Bayerns größtes Problem ist nicht die Energieversorgung, nicht die Wettbewerbsfähigkeit, nicht die Frage, wie wir unsere Industrie fit für die Zukunft machen – nein, das größte Problem Bayerns ist offenbar das Bayerische Klimaschutzgesetz.

(Zuruf von der AfD: Logisch!)

Dabei meint die AfD, wenn man nur das Wort "Klima" aus einem Gesetz streicht, dann sinken automatisch die Strompreise, die Bürokratie verschwindet und die Welt ist wieder in Ordnung. Sehr restriktiv. So einfach ist Politik leider nicht,

(Zuruf von der AfD: Doch!)

und seriöse Wirtschaftspolitik schon gar nicht.

Werte AfD-Fraktion, Sie verkennen die Bedeutung eines eigenen bayerischen Klimaschutzrahmens für Wirtschaft, Kommunen und Gesellschaft. Gerade für Unternehmen, Investoren und Kommunen sind nachvollziehbare politische Leitplanken erforderlich. Die Behauptung der AfD, das Gesetz verursache lediglich Bürokratie ohne erkennbaren Nutzen, trifft nicht zu.

(Zuruf von der AfD: Freilich trifft das zu!)

Vielmehr schafft dieses Gesetz strategische Orientierung für Investitionen und Investoren, Planungssicherheit für Kommunen und Unternehmen und Koordinierung staatlicher Maßnahmen. Es schafft Förder- und Innovationsanreize sowie einen verlässlichen Rahmen für Infrastruktur-, Energie- und Industriepolitik.

Die Auffassung der AfD, bundesrechtliche und europäische Vorgaben machen ein Landesklimaschutzgesetz entbehrlich, überzeugt nicht. Sonst regt die AfD sich doch auch ständig auf über Bevormundung aus Brüssel. Ausgerechnet beim Klimaschutz passt Ihnen das jetzt in den Kram. Da heißt es aus Ihren Reihen: Europa macht das schon.

Gerade Bayern trägt als wirtschaftsstarkes Industrieland besondere Verantwortung und braucht eigene Instrumente und Zielsetzungen, um regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, Infrastrukturmaßnahmen zu koordinieren, kommunale Akteure einzubinden – das ist ein ganz wichtiges Zeichen an unsere heimische Wirtschaft – sowie Förderpolitik gezielt auszurichten und Innovationen im Freistaat voranzutreiben. Das föderale Prinzip lebt gerade davon, dass Länder eigenständige politische Gestaltungsspielräume wahrnehmen.

Wir von der CSU-Fraktion weisen ausdrücklich die von der AfD konstruierte Gegenüberstellung von Klimaschutz und wirtschaftlicher Vernunft zurück. Es ist nämlich genau umgekehrt: Bayern ist Industriestandort, Technologiestandort und Innovationsstandort zugleich. Zukunftsfähige Industriepolitik bedeutet heute auch Energieeffizienz, moderne Infrastruktur, Technologieförderung, Wasserstoffwirtschaft, erneuerbare Energien sowie resiliente Produktionsketten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unternehmen brauchen deshalb keine vollständige Abschaffung des Klimaschutzgesetzes, sondern praktikable, technologieoffene und wirtschaftlich tragfähige Lösungen. Die CSU steht dabei für einen Ansatz des Klimaschutzes mit Maß und Mitte statt für ideologisch motivierte Verbots- und Rückabwicklungspolitik. Klimaschutz ist ein wirtschaftlicher Antrieb für unsere Industrie und Forschung.

Sie von der AfD versuchen, aus der Diskussion um das Zieljahr der Klimaneutralität einen grundsätzlichen Legitimationsverlust des Gesetzes abzuleiten. Diese Schlussfolgerung ist nicht tragfähig. Politische Diskussionen über Zeitpfade, Zwischenziele und

Umsetzungsstrategien sind Bestandteil demokratischer Willensbildung und kein Beleg für die Sinnhaftigkeit gesetzlicher Grundlagen.

Im Übrigen bleibt das Ziel der Klimaneutralität unabhängig vom konkreten Jahresdatum eine langfristige, gesamtstaatliche und europäische Verpflichtung. Anpassungen einzelner Zielmarken können im parlamentarischen Verfahren sachgerecht beraten werden, ohne deshalb den gesamten gesetzlichen Rahmen aufgeben zu müssen. Die vollständige Abschaffung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes würde insbesondere die Investitionsunsicherheit erhöhen, die Förder- und Planungsgrundlagen infrage stellen, kommunale Strategien erschweren und den Innovationsstandort Bayern schwächen. Sie wäre damit auch ein falsches Signal an Wirtschaft und Gesellschaft.

Gerade exportorientierte Unternehmen erwarten heute verlässliche Nachhaltigkeitsstrategien. Eine vollständige Rücknahme des gesetzlichen Rahmens würde Bayerns Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Umfeld mehr schwächen als stärken. Unser Ziel ist, dass diesbezüglich andere Länder nach Bayern schauen. Sie sollen schauen, wie wir das machen, wie das früher bei der Automobilindustrie war, damit wir uns nicht bei den Chinesen abschauen müssen, wie Klimaschutz und Klimaneutralität funktionieren.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz bleibt ein wichtiger Rahmen für eine technologieoffene, wirtschaftsfreundliche und zugleich verantwortungsvolle Politik. Das Ziel darf nicht die Abschaffung des Klimaschutzgesetzes sein, sondern dessen praktikable, innovationsorientierte und wirtschaftlich tragfähige Ausgestaltung. Es ist die Chance, unsere Wirtschaft mit neuen Technologien wieder einzigartig nach oben zu bringen. Wir von der CSU lehnen den Gesetzentwurf der AfD ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Ihre Klimapolitik will eine CO₂-freie Volkswirtschaft. Das haben Sie gerade ausgeführt. Sie sagen, das fördere den Wirtschaftsstandort Bayern. Nein, das ist falsch. Bundesweit verlieren wir monatlich 10.000 Stellen im Industriebereich. Auf Bayern entfallen davon monatlich 2.000 Stellen. Warum ist das so? – Wir haben den teuersten Strom weltweit. Das ist keine Sicherheit für die Unternehmen, wie Sie das gerade ausgeführt haben. Die Industrie flüchtet vor den schlechten Rahmenbedingungen. Ich sage Ihnen etwas: Klimapolitik ist und bleibt ein Bürokratiemonster. Sie schadet uns.

Jetzt zu meiner Frage: Was gilt jetzt? Gilt das, was im Gesetz steht, dass Bayern bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden soll, oder gilt, was die Staatskanzlei beschlossen oder besprochen hat, dass Bayern bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden soll? Können Sie mir diese Frage beantworten?

Dr. Andrea Behr (CSU): Ja, diese Frage kann ich Ihnen gerne beantworten. Ich beantworte Ihnen gerne auch Ihre davor gestellten Fragen. Natürlich ist Klimaneutralität, Klimapolitik für uns ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, weil die Chinesen und Inder uns überholen. Ich war mit meinem Kollegen Björn Jungbauer bei SKF. Das Süddeutsche Kunststoff-Zentrum stellt jetzt auf Kreislaufwirtschaft um. Man sieht das als einen Innovationsschub, weil man sonst wirtschaftlich nicht mehr attraktiv ist. Wir hatten eine Delegation aus Québec – Sie sollten auch mal über Ihren Tellerrand schauen – hier in Bayern. Die Kanadier sind hinsichtlich Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen weiter als wir. Wenn Sie meinen, über den Zeitrahmen – Klimaneutralität bis zum Jahr 2040, 2045 oder sonstwann – herumstreiten zu müssen, möchte ich Ihnen sagen: Auch Sie können nicht innerhalb zweier Tage zwanzig Kilo abnehmen.

(Unruhe bei der AfD)

Wir hatten einen Termin beim Bayernwerk. Die Wissenschaft – die seriöse Wissenschaft, nicht Ihre Schwurbelwissenschaft – sagt, dass Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 eine realistische Zeitmarke ist.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Wir sollten uns nicht über die Länge des zeitlichen Horizonts streiten. Vielmehr brauchen wir Technik. Diese wiederum braucht Zeit und Forschung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute in Erster Lesung über unseren Gesetzentwurf. Wir wollen den lukrativen Klimaschwindel beenden. Lassen Sie uns gemeinsam zum Wohle unseres Landes das Bayerische Klimaschutzgesetz abschaffen.

Der Weltklimarat zog vor Kurzem sein Katastrophenszenario mit einer Erderwärmung von 3 bis 5 Grad Celsius zurück. Der Weltklimarat hat dieses Szenario als unplausibel erklärt. Er kommt in seinem wahrscheinlichsten Szenario auf eine Erderwärmung von nur noch 1,5 Grad Celsius bis zum Jahr 2100. Was bedeutet das für uns? – Deutschland hat am weltweiten CO₂-Ausstoß einen Anteil von 1,45 %. Dann trägt Deutschland zur globalen Erderwärmung bis zum Jahr 2100 nur noch 0,0145 Grad Celsius bei. Liebe Parlamentarier, dafür opfern wir unser Land, unsere Industrie, unsere Handwerksbetriebe und belasten unsere Bürger mit immer mehr Steuern, Abgaben und Auflagen.

Diese mediale Dauerbefeuerng einer Klimakatastrophe nach der anderen hat bereits Milliarden Euro, wenn nicht Billionen an Steuergeldern verschlungen. Das Narrativ der Erderwärmung durch CO₂ – vorangetrieben durch diese Oberprotagonisten Luisa Neubauer und Greta Thunberg –, dass wir in den nächsten Jahren angeblich alle sterben müssen, muss ein Ende haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Durch die CO₂-Emissionen ist die Erde seit dem Jahr 1860 pflanzlich circa 20 % grüner geworden – man höre. Jahrelang wurde uns ein Horrorszenario nach dem anderen aufgetischt. Darauf fußten Klagen, Kampagnen, Verbote, Diffamierungen, Zensur und staatliche Eingriffsprogramme. Wenn ein hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland seine sichere, grundlastfähige und bezahlbare Energieversorgung aufgibt und sich immer mehr und immer stärker von wetterabhängigen Energiequellen abhängig macht, dann ist das kein Fortschritt – nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein Rückschritt. Es ist der Umbau einer leistungsfähigen Industrie zu einem wetterabhängigen Spielzeug. So kann man ein Hochtechnologieland wie Deutschland bzw. Bayern nicht betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne jetzt ein konkretes Beispiel zur Erneuerung. Der Wacker-Konzern will 1.300 Stellen streichen. Das trifft die Region Burghausen hart. Die Einnahmen der Stadt sinken, Arbeitsplätze gehen verloren, und die Zukunftsperspektiven schwinden enorm.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wacker wollte Windräder bauen!)

Was dort geschieht, steht beispielhaft für das, was aktuell in Bayern fast überall geschieht: Sparzwänge, Stellenabbau und Transformation.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Eine Gesellschaft, die ihre Energieversorgung verteuert, verknappt und vom Wetter abhängig macht, sägt am Wohlstandsast, auf dem sie sitzt. Das betrifft den Bäcker genauso wie die Familien, die sich fragen, ob sie morgen noch ihre Stromrechnung bezahlen können. Das betrifft den Landwirt, der immer neue Auflagen erfüllen muss. Das betrifft auch den Industriebetrieb, der nicht weiß, ob er in Bayern noch investieren soll, meine sehr verehrten Damen und Herren. Leidtragende sind auch unsere Kommunen, die ihren Pflichtaufgaben nicht nachkommen können, weil sie stattdessen Klimakonzepte, Berichte und Maßnahmenkataloge verwalten müssen.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern heute eine klare Botschaft senden: Wir wollen Freiheit statt Gängelung, Technologieoffenheit statt Planwirtschaft, bezahlbare Energie statt Symbolpolitik, wirtschaftliche Vernunft statt grüner Ideologie sowie Rechtssicherheit und Klarheit statt widersprüchlicher Klimaziele. Lassen Sie uns kollektiv zu einem Heimatland zurückkehren, das auf Vernunft setzt, seine Wirtschaft schützt und seinen Bürgern vertraut.

Sehr geehrte Staatsregierung, wir reichen heute die Hand, ein Bayern zu schaffen, das Fortschritt nicht mit Rückschritt verwechselt. Deswegen sollten wir das Bayerische Klimaschutzgesetz gemeinsam aufheben. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Florian von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sie haben bedauerlicherweise die Ausführungen zur Einführung und zur Begründung Ihres Gesetzentwurfs verschiedenen Abgeordneten zugeteilt, deswegen konnte ich Herrn Mannes diese Frage nicht stellen. Ihre Kompetenz bewegt sich aber auf dem gleichen Niveau wie dem von Herrn Mannes. Deswegen stelle ich jetzt Ihnen die Frage. Vorab möchte ich aber eine Behauptung des Abgeordneten Mannes korrigieren. Die Behauptung, der Weltklimarat habe das Modell zur Klimakrise aufgegeben, ist Fake News. Es wurde vielmehr ein Extremszenario, das von einer weitergehenden Ausdehnung der Kohleverstromung und keinem technologischen Fortschritt ausgeht, aufgegeben, weil Klimapolitik und technologischer Fortschritt wirken. Es geschieht also das Gegenteil von dem, was Sie behaupten. Das ist also ein Beleg für Klimaschutzpolitik.

Ich möchte Sie fragen, wie Ihr Ansinnen, das Bayerische Klimaschutzgesetz aufzuheben, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021 zum Klimaschutz vereinbar ist?

(Gerd Mannes (AfD): Das Urteil muss korrigiert werden!)

Das Urteil trägt uns ganz klar auf, den Schutz der Freiheitsrechte zukünftiger Generationen als Gesetzgeber zu berücksichtigen und transparent darzulegen, wie wir Klimaschutz betreiben wollen. Wie wollen Sie das in Einklang bringen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Meußgeier.

Harald Meußgeier (AfD): Erst einmal zu Ihrer Frage zum Weltklimarat: Das habe nicht ich gesagt. Das steht in den Medien.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, das steht nicht drin!)

Das können Sie auch nachlesen. Und er hat das auch definitiv betitelt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, das ist Unsinn!)

– Wie bitte? Schauen Sie doch nach. Schauen Sie doch selber nach.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sehen Sie doch mal gescheit nach!)

– Ja. Und wie gesagt: Dieses Klimagesetz lähmt unsere Industrie massiv. Fragen Sie doch einmal draußen in der Industrie herum, wie aktuell der Stand der Dinge ist. Viele Betriebe in Bayern können mittlerweile nicht mehr voll arbeiten. Die haben mittlerweile alle Kurzarbeit angemeldet.

(Florian von Brunn (SPD): Das war nicht die Frage!)

– Genauso wie Sie.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Sie können nicht einmal die Frage beantworten!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Benno Zierer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Damen und Herren von der AfD haben ja weder mit Klimaschutz noch mit Umweltschutz oder Naturschutz viel am Hut. Aber eines muss man ihnen lassen: Ihre Recyclingquote ist trotzdem enorm hoch, zumindest bei den Gesetzentwürfen und den Anträgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Dem Gesetzentwurf aus dem Jahre 2025 haben Sie zumindest einen Satz hinzugefügt. Er macht aber keinen Sinn. Sie schreiben von einer widersprüchlichen Kommunikation von Vertretern der Staatsregierung in Bezug auf das Zieldatum zur Klimaneutralität.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt doch nicht!)

– Nur langsam, langsam. Es ist doch ganz klar kommuniziert und hier auch schon oft genug gesagt worden: Das Zieljahr für Bayern wird mit dem Bund verschränkt. Das heißt: 2045 gilt.

(Gerd Mannes (AfD): Dann müssen Sie das im Gesetz ändern!)

– Kommt, wird alles kommen. Es ist sinnvoll, dass wir dieses Zieljahr an den Bund anpassen. Wir sind in Bayern zu abhängig von der Gesetzgebung auf EU- und Bundesebene. Die Handlungsspielräume sind zu gering, als dass Bayern damit einen Vorsprung von fünf Jahren herausholen könnte. Wir stehen nach wie vor fest dazu, dass Bayern seinen Beitrag leistet, um die Ziele des Bundes und der EU miteinander zu erreichen. Wir stellen uns auch der globalen Herausforderung, die Klimaveränderung so einzudämmen und zu drosseln, dass die Folgen, wenn irgend möglich, beherrschbar sind.

Wir wollen die Energiewende weiter vorantreiben – nicht aus ideologischen Gründen,

(Gerd Mannes (AfD): Doch!)

sondern aus egoistischen Gründen.

(Gerd Mannes (AfD): Ach was!)

Wir müssen von Energieimporten, von fossiler Energie unabhängig werden.

Wer das nicht begriffen hat, begreift es sowieso nicht

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

oder begreift es vielleicht dann, wenn der nächste Diktator einen Krieg anzettelt oder ein verwirrter Präsident wieder eine Energiekrise herbeiführt.

(Gerd Mannes (AfD): Verwirrt ist die Staatsregierung!)

Darum ist Ihr Antrag nicht ernst zu nehmen, sondern abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Martin Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe im Plenum.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD bringt einen Gesetzentwurf mit genau einem Satz, nämlich dass das Bayerische Klimagesetz komplett abgeschafft werden soll. In der Begründung heißt es dann noch, dass das Land Bayern sowieso keine Zuständigkeiten hätte und im Klimaschutz gar nichts erreichen könnte.

Das ist komplett falsch. Wir haben als Land Bayern große Zuständigkeiten, zum Beispiel bei den Kommunen, im Wärmebereich, im Mobilitätsbereich. Von daher gesehen ist ganz klar: Wir werden diesen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion natürlich ablehnen.

Die eine Seite will das Klimagesetz jetzt ganz abschaffen. Es ist aber auch dramatisch, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion das Bayerische Klimagesetz massiv abschwächen wollen.

Benno Zierer, du hast hier jetzt gerade noch einmal eine Rede gehalten und hast gesagt: Ja, wir stellen uns der Herausforderung. – Nein, das macht ihr nicht. Das, was das Kabinett jetzt vor ein, zwei Wochen verabschiedet hat, heißt, dass die Klimaziele in Bayern massiv geschwächt werden. Man kann dann nicht mehr davon reden, wie Markus Söder es vor vier Jahren gemacht hat, Bayern habe das modernste und beste Klimagesetz. – Nein, das wird massiv abgeschwächt. Sie reduzieren bei den Zielen für 2030 um 70 %. Wir GRÜNE sagen da ganz klar: Nein, da machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage es Ihnen noch einmal in Zahlen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bisher war es so, dass sich Bayern im Klimagesetz an seinen eigenen Emissionen orientieren wollte: 1990 und dann eben bis 2030 minus 65 %.

Jetzt gehen Sie auf bundesdeutsche Zahlen. Da muss man wissen, dass wir deutschlandweit eben die Kohlekraftwerke haben, wo wir im Vergleich zu Europa auch relativ hohe CO₂-Emissionen haben. Bayern hat zufälligerweise keine Kohlekraftwerke. Jetzt machen Sie den Trick, dass Sie sich hier gänzlich an den bundesdeutschen Durchschnittswerten orientieren.

Das heißt auf 2030 bezogen: Sie haben nicht mehr das Ziel, bis in vier Jahren auf 3,1 Tonnen pro Kopf zu kommen, sondern nur noch auf 5,3 Tonnen pro Kopf. Das ist, wie gesagt, eine Abschwächung um 70 %.

Da kann man wirklich sagen: Sie stellen sich dieser Herausforderung Klimaschutz in keiner Weise. Das ist wirklich ein Zeichen Ihres Versagens beim Klimaschutz. Das ist wirklich mehr als dramatisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns natürlich alle heute Morgen die Regierungserklärung von Markus Söder angehört. Da hieß es ja, Bayern ist spitze. – Ja, Bayern ist spitze. Was aber ganz klar ist: Die Staatsregierung ist wirklich ungeschlagen darin, Bilanzen und Statistiken so zu verdrehen, dass es ihr passt. Sie erreichen im Bereich Klimaschutz momentan gar nichts.

Aber dann ändern wir halt die Klimaziele, dann machen wir irgendwelche Berechnungen. Es ist ja wirklich Wahnsinn: Sie orientieren sich jetzt an der hohen Kohleverstromung mit den deutschlandweit hohen CO₂-Emissionen. Aber den eigenen Kohlestrom, den sie importieren, bilanzieren Sie nicht. Bayern importiert ein Viertel seines Strombedarfs. Es muss importieren, weil wir eben den Ausbau der erneuerbaren Energien verschlafen haben. Man nimmt das eine also gerne mit, aber beim anderen macht man dann einfach keine ehrliche Bilanz. So kann es definitiv nicht weitergehen.

Von Markus Söder haben wir heute Morgen gehört, Klimaschutz solle jetzt aus dem All passieren, da solle irgendwie etwas vorhergesagt werden. – Nein, da sagen wir ganz klar: Kommen Sie runter, machen Sie hier in Bayern Ihre Hausaufgaben, machen Sie endlich hier ernsthaften Klimaschutz! Das ist jetzt mehr als nötig. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu hat der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben uns in der Vergangenheit immer mit diesen Horrorszenarien RCP8.5 belästigt. Jetzt hat es die Wissenschaft erkannt und zugegeben: Es waren Märchen, es trifft nicht zu.

(Anna Rasehorn (SPD): Das stimmt nicht! Es kommt sogar noch schneller!)

Wollen Sie sich bei uns nicht dafür entschuldigen, dass Sie uns hier immer falsche Tatsachen aufgetischt haben? Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage: Sie erzählen immer etwas von installierter Leistung. Hören Sie auf damit. Es geht doch um die tatsächlich erzeugte Leistung. Angebot und Nachfrage müssen da zusammenkommen. Wir haben hier ein großes Problem, das sehen Sie auch an den Redispatch-Zahlen. Wollen Sie es nicht verstehen, dass wir hier ein Problem haben? Hören Sie doch mit der installierten Leistung auf, es geht um die tatsächlich erzeugte Leistung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn man sich die Wissenschaft ansieht, gibt es hier weltweit zum Glück Tausende Wissenschaftler, die alle einer Meinung sind. Wir haben untereinander eine Zustimmung von 99 Komma so und so viel Prozent. Alle sagen ganz klar: Die Klimakrise, die Klimakatastrophe kommt auf uns zu. Sie kommt schneller. Die Prognosen wurden sogar übertroffen. Das kann man sehen. Ob es das Abschmelzen der Gletscher ist, ob es die Temperaturen in den Weltmeeren sind, ob es die kompletten Umwälzungen sind, die wir festgestellt haben. Die Wissenschaft ist da also ganz, ganz klar. Auf welche Wissenschaftler Sie sich mit Ihren Anträgen beziehen, ist uns ein Rätsel. Da kann man wirklich nur den Kopf schütteln.

Bei der installierten Leistung ist es ganz klar so: Wir hatten letztes Jahr 62 % unseres Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Fast zwei Drittel kommen also aus erneuerbaren Energien. Das ist das, was wir verbrauchen. Da geht es also nicht um installierte Leistung, sondern das ist ein Erfolgsmodell. Das wollen wir weiter ausbauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gerd Mannes (AfD): Das ist doch falsch! – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, Kollege Stümpfig hat zum Glück eine sehr kräftige Stimme, die es ihm ermöglicht hat, den allgemeinen Geräuschpegel zu übertönen; ich glaube, auch Kollege Harry Scheuenstuhl, der der Nächste ist, wäre dazu in der Lage. Trotzdem halte ich es für ziemlich unhöflich gegenüber den jeweiligen Rednerinnen und Rednern, dass Sie hier andauernd halblaute Gespräche führen. Vielleicht können Sie das ein bisschen eindämmen – oder Sie gehen hinaus, wenn Sie Gespräche zu führen haben.

Bitte, Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Halb Europa gruselt sich vor der AfD" haben wir heute früh gehört.

(Lachen bei der AfD)

Ausgerechnet die AfD redet über Klimaschutz. Dabei verstehen Sie von diesem Thema nichts, gar nichts, überhaupt nichts, niente.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie schon mehrfach bewiesen. Ihnen sind die Arbeitsplätze egal, die durch die Klimaerhitzung verloren gehen. Ihnen sind die Landwirte egal, die durch Extremwetterlagen ihre Ernte einbüßen, weltweit und in Bayern. Ihnen sind die Menschen egal, die im Sommer unter der Hitze leiden oder sogar daran sterben.

(Zuruf von der AfD)

Genau deshalb passt dieser Gesetzentwurf perfekt zu Ihnen. Sie wollen nicht Probleme lösen, nicht gestalten, sondern einfach rücksichtslos und verantwortungslos abschaffen. Das Bayerische Klimaschutzgesetz soll weg, weil Ihnen Klimaschutz ideologisch nicht passt oder Sie die Problematik einfach nicht ganz durchschauen können. So einfach ist das.

Dabei merken doch längst alle: Die Klimakrise ist Realität. Die Bauern spüren sie auf den Feldern. Die Wälder leiden unter Trockenheit und Borkenkäfer. Kommunen kämpfen mit Hochwasser, Hitzewellen und Wassermangel. Und die Wirtschaft weiß längst: Wer heute nicht in klimafreundliche Technologien investiert, verliert morgen den Anschluss.

Sie reden hier von Bürokratie. Aber was Sie wirklich wollen, ist Stillstand. Sie wollen Bayern zurückdrehen in eine Zeit, die es nicht mehr gibt. Während andere Länder Milliarden – Milliarden! – in Zukunftstechnologien investieren, wollen Sie ernsthaft den Klimaschutz streichen? Das ist wirtschaftspolitisch unklug.

Und noch etwas: Gerade die 700.000 Beschäftigten im Bereich des Klimaschutzes, im Handwerk, bei den Elektrikern, bei den Heizungsbauern, in Industrie, Gesamthandwerk und Mittelstand brauchen Planungssicherheit. Wer Wärmepumpen baut, wer Netze ausbaut, wer Speichertechnologien entwickelt oder klimafreundliche Produkte voranbringt, der braucht zuverlässige Rahmenbedingungen und keine rückwärtsgegangenen Kulturkämpfe, initiiert vonseiten der AfD. Das ist es nämlich: Es ist ein Kulturkampf, den Sie hier betreiben, nicht aber eine Auseinandersetzung über Technologien.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD, kritisieren die Staatsregierung oft genug, weil sie beim Klimaschutz nach unserer Meinung zu langsam vorgeht. Wir wollen am Zieljahr 2040 festhalten. Bayern braucht mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren, beim Waldumbau, beim Moorschutz und beim Hitzeschutz in unseren Städten, nicht weniger Tempo. Das alles schreiben Sie übrigens auch in Ihre Gesetze.

Der Gesetzentwurf der Radikalen ist kein Beitrag zur Lösung irgendwelcher Probleme. Er ist ein Angriff auf unser Verantwortungsbewusstsein, ein Angriff auf die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Und dann der Höhepunkt: Im Ausschuss stimmen Sie den Klimaschutzmaßnahmen zu. Hier aber bringen Sie einen so scheinheiligen Gesetzentwurf? Das ist doch unglaubwürdig! Da kann man sich nur noch aufregen und Söder recht geben: Halb Europa gruselt sich vor der AfD.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der AfD – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Abgeordnete Harald Meußgeier, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte.

Harald Meußgeier (AfD): Lieber Kollege Scheuenstuhl, an der Pasterze – ich weiß nicht, ob Sie es wissen; das ist ein Gletscher in Österreich – fand man 2014 eine 6.000 Jahre alte Zirbe, und zwar auf einer Höhe von 2.060 Metern. Jeder von uns weiß doch, dass in dieser Höhe eigentlich kein Baum wächst. Wie können Sie sich das erklären?

(Heiterkeit bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Wissen Sie, wenn ich einmal Baumbiologe sein werde und mich damit auskenne, gebe ich Ihnen eine Antwort darauf. Jetzt sage ich nur eines: Ihr Gesetzentwurf ist sinnlos, zwecklos und schädlich für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkt 5 und 6 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher nun über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.